

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 11.08.2009
Dezernat II	Amt FB 02	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

I N F O R M A T I O N

I0205/09

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	25.08.2009	nicht öffentlich
Finanz- und Grundstücksausschuss	09.09.2009	öffentlich
Stadtrat	10.09.2009	öffentlich

Thema: Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.06.2009

1. Gesamteinschätzung Verwaltungshaushalt

Einschätzung zum Verwaltungshaushalt

Das Ergebnis des Verwaltungshaushaltes per 30.06.2009 ist negativ und setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

- in EUR -

	Ergebnis 30.06.2008	Ergebnis 30.06.2009
Anordnungssoll – Einnahmen (L)	283.862.327,71	298.855.777,36
- Abgang alter Kassenreste (-C)	6.322.235,01	4.533.553,99
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste (A)	0,00	0,00
+ Globalbereinigung aus dem Vorjahr (B)	12.610.000,00	15.457.000,00
= Summe bereinigte Soll-Einnahmen (E)	<u>290.150.092,70</u>	<u>309.779.223,37</u>
Anordnungssoll – Ausgaben (L)	306.192.105,52	318.982.214,39
- Abgang alter Haushaltsausgabereste (-A)	24.090,00	84.187,44
= Summe bereinigte Soll-Ausgaben (E)	<u>306.168.015,52</u>	<u>318.898.026,95</u>
Ergebnis:	<u>-16.017.922,82</u>	<u>-9.118.803,58</u>
darin enthalten:		
Deckung von Soll-Fehlbeträgen Vor-Vorjahr	86.033.871,25	92.433.668,38

Der Haushaltsvergleich stellt sich wie folgt dar:

- in EUR -

	Haushaltsplan 2009	ber. Soll – Einnah- men/Ausgaben (E) 30.06.2009	Erfüllung 30.06.2009	Vergleich Erfüllung 30.06.2008
Einnahmen	468.130.500	309.779.223,37	66,1 %	64,8 %
Ausgaben	559.545.700	318.898.026,95	57,0 %	56,6 %
Fehlbedarf	91.415.200			

Gesamtstädtisch betrachtet, stehen nach dem aktuellen Stand der Haushaltsrechnung, ausgehend von den verfügbaren Mitteln (HH-Ansatz/HH-Rest/ÜPL/APL/Sperren), den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 66 % Ausgaben in Höhe von 57 % gegenüber. Der geplante Rahmen (6/12 = 50 %) wird damit derzeit sowohl einnahme- als auch ausgabeseitig leicht überschritten.

Die Einnahmerealisation in der Hauptgruppe 0 „Steuern, Allgemeine Zuweisungen“ liegt per 30.06.2009 im anteilig geplanten Rahmen. Jedoch bestehen aufgrund der Wirtschaftskrise erhöhte Risiken im Bereich der Gewerbesteuern und bei den Gemeindeanteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer. Auf Grundlage der Steuerschätzung 2009 des Ministeriums für Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt zeichnen sich bei den Gewerbesteuern und bei den Gemeindeanteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer für das Haushaltsjahr 2009 folgende finanzielle Risiken für die Landeshauptstadt Magdeburg ab.

Prognose der Mindereinnahmen per 31.12.2009 (hochgerechnet für die LH MD auf Basis der Steuerschätzung 2009 des Ministeriums für Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt):

Gewerbesteuern	-7,0 Mio. EUR
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	-6,0 Mio. EUR
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-0,7 Mio. EUR
<u>Summe</u>	<u>-13,7 Mio. EUR</u>

Dieser Fehlbetrag von 13,7 Mio. EUR stellt im Bereich der Steuereinnahmen den „Worst Case“ bis zum 31.12.2009 dar.

Vor dem Hintergrund der unwägbaren Risiken aus der Wirtschaftskrise für das Jahr 2009 wurde die mittelfristige Finanzplanung im Rahmen einer vorsichtigen Haushaltsplanung 2009 entsprechend aufgestellt (Gewerbesteuer liegt mit 78 Mio. EUR im Plan bereits ca. 10 % unter dem zulässigen Niveau lt. ODE v. 04.08.2008 auf Basis IST 2008). Das heißt, dass insgesamt mit einem Einnahmeverlust bei der Gewerbesteuer von mindestens ca. 20 % (ca. 10 % aus dem reduzierten Planansatz und ca. 10 % aus den Mindereinnahmen bis zum Jahresende) zu rechnen ist. Es muss zusätzlich davon ausgegangen werden, dass die Kommunen an den Mindereinnahmen des Landes Sachsen-Anhalt aufgrund der Wirtschaftskrise partizipieren werden (Insgesamt: 585 Mio. EUR, davon bereits im Nachtragshaushalt verarbeitet: 390 Mio. EUR).

Mit Bescheid vom 26. Februar 2009 setzte das Land Sachsen-Anhalt die Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) für das Haushaltsjahr 2009 fest. Danach ergibt sich für die Landeshauptstadt Magdeburg eine FAG-Masse i.e.S. (ohne Bedarfszuweisungen, Fachkräfteprogramm und Investitionshilfen) in Höhe von 164,3 Mio. EUR. Per 30.06.2009 liegen die Allgemeinen Zuweisungen vom Land mit einer Realisierung von 50 % im anteilig geplanten Bereich. Insgesamt wird von einer Einnahmerealisation von 100 % zum Jahresende ausgegangen. Doch aufgrund der prognostizierten Mindereinnahmen des Landes im Jahr 2009 (585 Mio. EUR) ist davon auszugehen, dass sich die FAG-Masse mit der Spitzabrechnung in 2010 um 14,2 Mio. EUR reduzieren wird. Diese Überzahlung aus dem FAG im Jahr 2009 wird im Jahr 2010 zurückzahlen sein.

Die Tarifierhöhungen vom 31.03.2008 und die vorgesehene Anpassung des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes ab dem 01.03.2009 stellen nach wie vor eine Belastung des städtischen Haushaltes im Bereich der Hauptgruppe 4 „Personalkosten“ dar. Das aus den Tarifierhöhungen resultierende Konsolidierungsvolumen für 2009 in Höhe von 4,3 Mio. EUR konnte per 30.06.2009 mit Einsparungen von 2,3 Mio. EUR aus unbesetzten Stellen unterlegt werden. Weitere 1,7 Mio. EUR aus zusätzlich abgeschlossenen Verträgen zur Arbeitszeitreduzierung tragen bis zum Jahresende als Konsolidierungsbeitrag zur Minderung der Personalkosten bei. Die zusätzlichen Risiken in Höhe von 950 Tsd. EUR aus der Besoldungsanpassung können nach Aussage des Fachbereiches 01 bis zum Jahresende innerhalb des Deckungskreises DKPK4 aufgefangen werden. Bei einer vollumfänglichen Besetzung der derzeitigen Vakanz, prognostiziert das Fachamt jedoch zum Jahresende einen Fehlbetrag in Höhe von 1,9 Mio. EUR im Deckungskreis DKPK4. **Hier müssen Gegensteuerungsmaßnahmen intensiviert werden.**

Auch die Rückkehr zur vollen flächentariflichen Vergütung, der aus dem Tarifabschluss vom 31.03.2008 bzw. dessen sinngemäßer Übertragung sowie der wegen des Intendantenwechsels zu zahlenden tariflichen Abfindungen im Eigenbetrieb „theater magdeburg“ stellen Risiken für den Eigenbetrieb dar. Der offene Betrag in Höhe von 872 Tsd. EUR spiegelt derzeit das mit den aufzunehmenden Verhandlungen für eine Neuauflage der Haustarifverträge im Wirtschaftsjahr 2009 einzusparende Ausgleichsvolumen des EB „theater magdeburg“ wider. Das heißt, dass über die zu verhandelnden Haustarifverträge im Wirtschaftsjahr 2009 **Personalkosteneinsparungen in Höhe von 872 Tsd. EUR** beim sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personal des „theaters magdeburg“ erzielt werden müssen. **Sollte im Vorfeld bereits ein negatives Verhandlungsergebnis abzusehen sein, müssen hier ebenfalls Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet werden. Ein negatives Betriebsergebnis stellt mittel- und langfristig eine Belastung für den Eigenbetrieb dar (Verlustvortrag).**

Im Hinblick auf die Mittelinanspruchnahme in der Haushaltsstelle 1.67000.543000 „Energiebedarf, Straßenbeleuchtung und Lichtsignalanlagen“ des Dezernates VI ist anzumerken, dass aufgrund der gestiegenen Energiekosten der angesetzte Budgetrahmen nicht realisiert werden kann. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt besteht bereits eine Inanspruchnahme der verfügbaren Mittel in Höhe von 118 %. Darin enthalten sind bereits die Daueranordnungen bis zum 31.12.2009. Die anteilig verfügbaren Mittel (6/12 der verfügbaren Mittel) wurden per 30.06.2009 bereits um 220 Tsd. EUR überschritten (ohne Daueranordnungen bis 31.12.2009). Zum Jahresende wird eine Überschreitung des Budgets um **550 Tsd. EUR** eingeschätzt. In der Haushaltsstelle 1.68000.110000 „Benutzungsgebühren für Parkeinrichtungen“ bestehen Einnahmerisiken, da die bewirtschafteten Flächen für den ruhenden Verkehr nur bedingt ausgelastet werden. Per 31.12.2009 wird mit Mindereinnahmen bei den Benutzungsgebühren für Parkeinrichtungen in Höhe von **650 Tsd. EUR** gerechnet. Im Bereich des Gemeindeanteils an den Kosten der Abwasseranlage verweist das Amt 66 auf den zum Jahresende erwarteten Fehlbetrag in Höhe von **820 Tsd. EUR** in der Haushaltsstelle 1.63000.543000 „Gemeindestraßen – Niederschlagswasser“. Der finanzielle Mehrbedarf begründet sich vornehmlich aus Mehrmengen zwischen den Straßendaten des Jahres 2007 und 2008. Per 31.12.2009 wird von einem AO-Soll in Höhe von 5,6 Mio. EUR ausgegangen (Ansatz 2009: 4,8 Mio. EUR).

Insgesamt wird eingeschätzt, dass der dargestellte Fehlbetrag aus den Mehrausgaben und Mindereinnahmen in Höhe von **2,0 Mio. EUR** bis zum Jahresende nicht kompensiert werden kann und das Budget 6 überschritten wird. **Hier müssen Gegensteuerungsmaßnahmen, einschließlich der Bereitstellung zusätzlicher Mittel im Niederschlagswasserbereich, ergriffen werden.**

Die Einnahmeerwartung der Hauptgruppe (2) „Sonstige Finanzeinnahmen“ ist mit einer Realisierung von 105 % bereits vollumfänglich erfüllt. Ausschlaggebend für die Realisierung sind die Mehreinnahmen aus den Gewinnanteilen der Städtischen Werke Magdeburg, welche um 5,6 Mio. EUR höher als geplant ausgefallen sind (Verfügbarer Ansatz: 9,3 Mio. EUR – AO-Soll per 30.06.2009: 14,9 Mio. EUR). Diese Mehreinnahmen werden vollständig der zweckgebundenen Rücklage PPP zugeführt.

Die Hauptgruppe (8) „Sonstige Finanzausgaben“ fällt ausgabeseitig mit einem Erfüllungsgrad von 82 % auf. Hierzu ist anzumerken, dass die Deckung des Soll-Fehlbetrages aus Vorjahren in Höhe von 92,4 Mio. EUR per 30.06.2009 bereits vollständig erfolgte.

Gesamtstädtisch betrachtet bestehen per 30.06.2009 folgende nicht konsolidierte finanzielle Risiken:

Position	“Worst Case” per 30.06.2009
1. Risiken im Steuerbereich	13,7 Mio. EUR
2. Risiken im Personalbereich	1,9 Mio. EUR
3. Risiken im Bereich der Jugendhilfe (KIFÖG & DKHZE)	3,2 Mio. EUR
4. Risiken im DKSOZ	5,0 Mio. EUR
5. Risiken im Budget 6	2,0 Mio. EUR
<u>Summe Risiken LHMD</u>	<u>25,8 Mio. EUR</u>

Im zweiten Halbjahr 2009 ist auf eine konsequente Haushaltsdisziplin zu achten, um den geplanten Fehlbedarf in Höhe von 91,4 Mio. EUR bis zum Jahresende nicht zu überschreiten.

1.1 Budgetabrechnung per 30.06.2009

In der **Anlage 1** wird die zahlenmäßige Abrechnung der Budgets ausgewiesen. Von den Budgetverantwortlichen der Budgets 1, 3, 4, 5 und 6 wird die Nichteinhaltung der vorgegebenen Budgets zum Jahresende angezeigt.

Hier sind besonders die Budgetverantwortlichen der Budgets 1, 3, 4 und 6 gefordert, geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen.

Die Inanspruchnahme aller budgetierten Haushaltsmittel zum 30.06.2009 beträgt 40,48 %.

Nach aktuellen Einschätzungen wird eine voraussichtliche Zuschussauslastung aller budgetierten Haushaltsmittel zum 31.12.2009 in Höhe von 28.295.159 EUR (107,3 %) erwartet. **Dies bedeutet eine Haushaltsmehrbelastung von ca. 1.933.988 EUR.**

Im Einzelnen wird nachfolgend über die Budgets informiert.

Budget 0 – Bereich Oberbürgermeister

Der Zuschuss des Budgets 0 wurde mit 50,3 % in Anspruch genommen.

Die Inanspruchnahme der Ausgaben erfolgt nicht gleichmäßig über die Monate verteilt, sondern jeweils nach Terminplänen von Veranstaltungen und Ehrungen. Ebenso erfolgen Ausgaben für Repräsentationen und Städtepartnerschaften nicht kontinuierlich.

Insgesamt wird durch den Budgetverantwortlichen eingeschätzt, dass zum Jahresende die Auslastung des Budgets bei 100,0 % liegt.

Budget 1 – Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Der Überschuss des Budgets 1 wurde per 30.06.2009 mit 48,7 % (Einnahmen 44,1 % und Ausgaben 42,6 %) erfüllt.

Durch bereits erteilte Aufträge, Ausschreibungen und Reservierungen sind z.B.:

- im Umweltamt Gutachterkosten	126.000 EUR
- im Bürgerservice	360.500 EUR
- im Amt für Brand- und Katastrophenschutz	165.400 EUR
- im Budget 1 für Miet- und Pachtzahlungen	387.000 EUR
- in der Straßenverkehrsabteilung	147.600 EUR
- bei Allg. Ordnungsangelegenh. u. SOD	154.800 EUR
- im Budget 1 für Bewirtschaftungskosten	430.600 EUR

gebunden und werden im III. bzw. IV. Quartal 2009 kassenwirksam.

Durch das Dezernat I wird derzeit eingeschätzt, dass der geplante Überschuss zum Jahresende um 557.000 EUR reduziert wird und begründet dies mit einer bisherigen Einnahmerealisierung von nur 44,1 % mit Schwerpunkt Fachdienst Allg. Ordnungsangelegenheiten und Stadtordnungsdienst mit 33,9 % einschließlich 213.500 EUR durch Absetzung von Kassenresten sowie erhöhten Reparaturkosten an Fahrzeugen im Amt 37.

Zur Einhaltung der Budgetvorgabe müssen Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden.

Budget 2 – Finanzen

Der geplante Überschuss des Budgets 2 wurde per 30.6.2009 mit 257 % (Einnahmen mit 102,45 %, die Ausgaben mit 46,49 %) übererfüllt.

Das positive Einnahmeergergebnis enthält die Jahressollstellung von Miet-, Pacht- und Erbauzins-einnahmen im UA 88000 (Allgemeines Grundvermögen).

Die Ausgaben wurden auf das Nötigste beschränkt. Dennoch zeichnet sich bereits jetzt durch die weiter notwendigen Sicherungskosten für das Krankenhaus Altstadt ab, dass die Bewirtschaftungskosten im UA 88000 (Allgemeines Grundvermögen) überschritten werden, da ein großer Teil der Ausgaben, besonders für den Winterdienst, erst im 2. Halbjahr kassenwirksam wird.

Hinsichtlich der Einhaltung des Budgets zum Jahresende wird eingeschätzt, dass der geplante Überschuss voraussichtlich eingehalten wird. Der voraussichtliche Mehrbedarf bei den Bewirtschaftungskosten im UA 88000 (Sicherungskosten für das Krankenhaus Altstadt) wird versucht, im Budget 2 auszugleichen.

Budget 3 – Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

Der Zuschuss des Budgets 3 wurde mit 43,5 % (Einnahmen 7,2 %, Ausgaben 28,6 %) erfüllt.

In der Haushaltsdurchführung gibt es gegenüber der Planung Veränderungen sowohl einnahme- als auch ausgabeseitig, was sich auch in der Einschätzung der Zuschussrealisierung per 31.12.2009 mit 162,1 % widerspiegelt. Aufgrund einer vom OB erlassenen Verfügung hat das Team Wissenschaft und Städtepartnerschaften seine Arbeit im Büro des Oberbürgermeisters aufgenommen. Dies machte eine Ausgabeumsetzung in Höhe von 245.000 EUR aus dem Budget 3 erforderlich. Die im Budget 3 veranschlagten Einnahmen in Höhe von 225.000 EUR bleiben im Planansatz bestehen, d.h. diese konnten nach In-Kraft-Treten des Haushaltes 2009 technisch nicht mehr umgesetzt werden. Bei der theoretischen Herausrechnung dieser im Budget 3 nicht mehr anfallenden Einnahmen wird das Budget per 31.12.2009 eine Auslastung von 97,3 % aufweisen. Eine Gefährdung liegt hier nicht vor.

Bei geplanten Ausgaben, wie im Folgenden dargestellt, erfolgt die Realisierung erst im III. oder IV. Quartal:

- Expo Real, lok. Standortmessen, Existenzgründerv., Netzwerk Blaues Band	93.700 EUR
- für Sonderbeilagen, Infobroschüren, Flyer, Marketingmaßnahmen und Innovationspreis	75.400 EUR
- Gutachten , Optimierung von städtischen Gewerbegebieten, Tourismusleitsy.	92.000 EUR
- für Projekte der RKM und EU-Angelegenheiten, Präsentationen	55.000 EUR
- Instandhaltung, Unterhaltung und Wartung der tour. Infrastruktur	24.000 EUR
- Aus- und Weiterbildung	7.000 EUR
- Mieten	33.600 EUR

Budget 4 – Bildung, Sport, Kultur

Der Zuschuss des Budgets 4 wurde mit 53,1 % (Einnahmen 47,1 %, Ausgaben 51,8 %) erfüllt.

Im Berichtszeitraum wurden Einnahmen im Fachbereich Schule und Sport (FB 40) mit 44,5 %, im Kulturbüro (Stabsstelle des Dezernates IV) mit 174,0 %, im Fachbereich Kultur, Stadtgeschichte und Museen (FB 41) mit 56,3 % und im Team Gesellschaftshaus mit 77,1 % erfüllt.

Mehreinnahmen	
<u>FB 40</u>	
Rückerstattung von Betriebskosten durch SWM für Vorjahre; Beteiligung Dritter, Horte, Sportvereine in kommunalen Sportstätten an anfallenden Betriebsausgaben	60.800 EUR
Zuwendung vom Land für Projekt zur frühzeitigen Berufsorientierung an Förderschulen	20.000 EUR
<u>FB 41 - Stadtarchiv</u>	
Gebühreneinnahmen durch Benutzung von Personalstandsunterlagen	3.000 EUR

Mindereinnahmen	
<u>FB 40</u>	
Entgelte Schwimmhallen und Bäder/ geringere Besucherzahl	170.000 EUR
Entgelte Wohnheim/ Mieterrückgang	10.000 EUR
Benutzungsgebühren VHS/ weniger Teilnehmer	50.000 EUR
<u>FB 41 – Museum</u>	
Benutzungsgebühren Sonderausstellung „Spektakel der Macht“	72.404 EUR

Die Ausgaben im Berichtszeitraum wurden im FB 40 mit 51,8 %, in der Stabsstelle des Dezernates IV mit 56,8 %, im FB 41 mit 53,2 % und im Team Gesellschaftshaus mit 43,0 % in Anspruch genommen.

Minderausgaben	
<u>FB 40</u>	
Zuschuss an Stadionbetreiber/ Betreiberwechsel	180.000 EUR
Schülerunfallversicherung/ Rückgang Beitragsbemessung - Unfallkasse Zerbst	171.113 EUR
Umsatzsteuer BgA/ aufgrund von Mindereinnahmen	47.200 EUR
Zuschuss an gGFL/ direkte Zahlung von Medienkosten an SWM	45.000 EUR
FB 40 - interne Festlegung zur Reduzierung einzelner Ausgabepositionen (z.B. Geräte, Ausstattungen, Geschäftsausgaben u. a.)	100.000 EUR

Mehrausgaben	
<u>FB 40</u>	
Höhere Bewirtschaftungskosten Sportstätten/Schwimmhallen im Winterbetrieb	277.100 EUR
Zahlung/einmalig an Stadionbetreiber/ Neuordnung Stadionbetrieb	235.000 EUR
Zinsen für Rückzahlung von Fördermitteln	21.655 EUR
Sportstätten/ Gutachterkosten	8.235 EUR
VHS/ Rückzahlung Grundförderung	3.300 EUR
<u>FB 41 - Museum</u>	
Sachausgaben für Rückbau, Transport und Versicherung/Sonderausstellung „Spektakel der Macht“	59.556 EUR

Vom Fachbereich Kultur wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Abweichung der Teilbudgetvorgabe in Höhe von ca. 128.900 EUR zum Jahresende prognostiziert. Begründet wird die Überschreitung durch Mindereinnahmen und Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Sonderausstellung „Spektakel der Macht“ im Museum.

Der FB 40 weist darauf hin, dass zum Jahresende der Zuschuss des Teilbudgets um voraussichtlich 151.800 EUR überschritten wird. Begründet wird die Überschreitung hauptsächlich durch o. g. Mindereinnahmen (Entgelte Schwimmhallen und Bäder).

Aus den gegebenen Erläuterungen schätzt der Budgetverantwortliche eine mögliche Überschreitung des Zuschusses des Gesamtbudgets 4 zum Jahresende von insgesamt ca. 280.700 EUR ein.

Zur Einhaltung der Budgetvorgabe müssen Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden.

Budget 5 – Soziales, Jugend und Gesundheit

Der Zuschuss des Budgets 5 wurde mit 46,0 % (Einnahmen 48,8 %, Ausgaben 46,5 %) erfüllt.

Zum Jahresende wird mit einer Überschreitung im Budget von ca. 52.200 EUR gerechnet. Die Ursachen entstehen in den Ämtern 51 und 53 aus Minder- und Mehreinnahmen sowie Minder- und Mehrausgaben.

Wesentliche Schwerpunkte der Erfüllung sind:

Mehreinnahmen	
Jugendsozialarbeit, außerplanmäßiger Zuschuss für „Lokaler Aktionsplan“	70.700
Mindereinnahmen	
Rückforderungen für nicht verausgabte Zuwendungen in KJFF	82.200
Rückforderungen für nicht verausgabte Zuwendungen in Jugendwerkstätten	36.600
Mehrausgabe	
Jugendsozialarbeit	102.000
Stadtjugendring	19.500
Tierheim, neuer Vertrag bzgl. Betreuung und Erstuntersuchung von Fundtieren	15.500
Minderausgabe	
Jugendsozialarbeit	11.300

Zur Einhaltung der Budgetvorgabe müssen Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden.

Budget 6 – Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Zuschuss des Budgets 6 wurde mit 28,4 % (Einnahmen 59,9 %, Ausgaben 45,6 %) erfüllt.

Im Berichtszeitraum wurden die Einnahmen im FB 62 - Geodienste und Baukoordinierung - mit 60,0 %, im Stadtplanungsamt mit 35,7 %, im Bauordnungsamt mit 79,2 %, im Hochbauamt mit 17,6 % und im Tiefbauamt mit 50,6 % erfüllt

Mehreinnahmen	
Im Tiefbauamt für zweckgebundene Fördermittel des Landes für hochwasserschädigte Infrastruktur (Ufermauer Stromelbe Westseite), die in gleicher Höhe zu Ausgaben führen.	218.637 EUR
Mindereinnahmen	
Einnahmerückgang beim Verkauf von Boschüren im Stadtplanungsamt und im Hochbauamt durch Änderung der Wertgrenzen f. Ausschreibungen gemäß Vergabeordnung der Landeshauptstadt Magdeburg.	29.000 EUR

Einnahmen aus Parkscheinautomaten im Tiefbauamt (von den geplanten 89 Parkscheinautomaten wurden nur 80 aufgestellt, des Weiteren wurde die Gebührenerhöhung in der „Parkzone Rot“ bis 30.06. nicht wirksam, HKK 120 konnte nicht in Gänze umgesetzt werden).	600.000 EUR
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------

Die Ausgaben wurden im FB 62 mit 33,1 %, im Stadtplanungsamt mit 17,7 %, im Bauordnungsamt mit 63,0 %, im Hochbauamt mit 37,6 %, im Tiefbauamt mit 46,8 % in Anspruch genommen.

Mehrausgaben	
Im Tiefbauamt durch steigende Kosten für Energie, Straßenbeleuchtung und Lichtsignalanlagen; eine Reduzierung der Ausgaben in Höhe von 300.000 EUR (HHK- Maßnahme Nr. 107) konnte nicht realisiert werden, da keine Abschaltung der Straßenbeleuchtung erfolgte.	500.000 EUR

Die Abarbeitung der Kassenreste aus dem Budget 6 erfolgt planmäßig.

Für das Budget 6 schätzt der Budgetverantwortliche zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Überschreitung am Jahresende von insgesamt 1.014.197 EUR (119,5 %) ein. Begründet wird die Überschreitung u. a. durch Mindereinnahmen aus Parkgebühren und Mehrausgaben für Energiekosten im Tiefbauamt.

Zur Einhaltung der Budgetvorgabe müssen Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden.

1.3 Quartalsvergleich ausgewählter Bereiche/Deckungskreise außerhalb der Budgetierung

Im Folgenden werden einzelne Positionen der in Anlage 2 aufgeführten Deckungskreise näher erläutert.

Position 11 – Deckungskreis Soziales (DKSOZ):

DKSOZ	Verfügbar Plan 2009	A-Soll 30.06.09	% 30.06.09	V -Ist 31.12.09	% 31.12.09
Einnahmen	23.172.200	9.830.702	42,4	21.168.400	91,4
Ausgaben	85.270.700	49.087.670	57,6	86.801.200	101,8
Zuschuss	62.098.500	39.256.968	63,2	65.632.800	105,7

Der Zuschuss im DKSOZ wurde per 30.06.2009 in Höhe von 39.256.968 EUR mit 63,2 % erfüllt. In dieser Haushaltsrechnung sind bereits Zahlungen für den Juli enthalten, die aber im Juni gebucht wurden und Mehreinnahmen, die im Juni gebucht wurden und erst im Juli an das Land abgeführt werden.

Zum Jahresende wird mit einem Mehrbedarf im Zuschuss von ca.3.534.300 EUR gerechnet. Dieser resultiert aus der Mindereinnahme in Höhe von 2.003.800 EUR und einer Mehrausgabe in Höhe von 1.530.500 EUR.

Einnahmen

Der Schwerpunkt der voraussichtlichen Erfüllung per 31. 12. 2009 liegt in der Untererfüllung der Einnahmen für Kosten der Unterkunft (KdU). Hier wurden die bisher festgelegten 28,6 % (Entlastung v. Bund) geplant. Ab 2009 werden aber nur 25,4 % für Ausgaben KdU nach § 22 Abs. 1 u.7 erstattet. Dies führt zu einer Mindereinnahme von 2.020.700 EUR.

Ausgaben

Bei den Ausgaben wird es insgesamt voraussichtlich zu einer Übererfüllung von ca. 1.530.500 EUR kommen. Mehrausgaben z. B. in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie für KdU können im Deckungskreis nicht abgefangen werden.

Begründung Mehrausgaben

UA 48500 – Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung- 390.000 EUR

Diese Mehrausgabe wird durch den weiteren Anstieg der Regelsätze, Anstieg der Fälle durch Übernahme aus der ARGE und Erreichung des 65. Lebensjahres verursacht. Weiterhin haben viele Vermieter die Grundmieten erhöht und auch die Krankenversicherungsbeiträge sind gestiegen.

UA 48200 – Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) - 1.196.600 EUR

Die Einschätzung der Erfüllung 2009 basiert auf einer aktuellen Hochrechnung der ARGE. Diese schätzt ein, dass eine Mehrausgabe in Höhe von 1.084.800 EUR für Leistungen der Unterkunft und Heizung, durch Steigerung der Bedarfsgemeinschaften und auch im Hinblick auf die Wirtschaftskrise notwendig sind (Bedarfsgemeinschaften Dezember 2008 = 19.946 und per Juni 2009 = 20.693). Gleichzeitig wird eine Mehrausgabe in Höhe von 111.800 EUR für einmalige Leistungen (z.B. Wohnungsbeschaffungskosten, Wohnungserstattung, Erstattung Bekleidung, Geburt und Schwangerschaft sowie Klassenfahrt) erwartet. Besonders die Kosten für Klassenfahrten sind gestiegen, da die Kosten für mehrjährige Fahrten nunmehr in voller Höhe übernommen werden müssen.

Position 13 - Deckungskreis Kinderförderungsgesetz (KiFöG):

UA 46400	verfügbarer Plan 2009	AOS 30.06.09	%	V-AOS 31.12.09	%
Einnahmen	15.133.600	16.024.852	105,9	16.923.300	111,8
Ausgaben	45.480.600	22.789.647	50,1	48.793.900	107,3
Zuschuss	30.347.000	6.764.796	22,3	31.870.600	105,0

Der Zuschuss im DK KiFöG wurde per 30.06.2009 in Höhe von 6.764.796 EUR mit 22,3 % erfüllt. Insgesamt wird ein Mehrbedarf im Zuschuss von ca. 1.523.600 EUR eingeschätzt. Dieser Mehrbedarf resultiert aus einer Mehreinnahme in Höhe von 1.789.700 EUR und einer Mehrausgabe in Höhe von 3.313.300 EUR.

Begründung der Mehreinnahmen

UA 46400 – Tageseinrichtungen von Kindern 1.588.700 EUR

Entsprechend § 11 Abs. 1 KiFöG LSA beteiligt sich das Land an den Kosten der Tagesbetreuung in Tageseinrichtungen und in Tagespflege. Für die Verteilung des Betrages ist die Zahl der im Zuständigkeitsbereich des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen im jeweils vorletzten Jahr betreuten Kinder maßgeblich. Für die Planung 2009 wurde die durchschnittliche tatsächliche Belegung von Plätzen zum Ansatz gebracht und mit dem Betrag pro Kind multipliziert. Durch Tarifanpassungen in 2008 hat das Land seine Förderungssätze erhöht, was zu einer Mehreinnahme von 1.190.121 EUR führt. Weiterhin gibt es ab 2009 zwei neue 100 % Landesförderungen, welche sich in den Einnahmen und in

den Ausgaben niederschlagen. Es handelt sich um die Förderung der Finanzierung von Vor- und Nachbereitungsstunden zur Verbesserung der vorschulischen Bildung und um die Finanzierung der Sprachstandsfeststellung. Insgesamt wird hier eine Mehreinnahme in Höhe von 398.576 EUR erwartet.

UA 45400 und 46400 – Tagespflege/Tageseinrichtungen –

201.000 EUR

Der Grund für diese Mehreinnahmen ist die Rückzahlung von Kostenerstattungen freier Träger und Gemeinden. Nach abgeschlossener Verwendungsnachweisprüfung führt dies zu Rückforderungen bzw. in begründeten Fällen zu Kostenerstattungen. Die Rückzahlungen begründen sich aus nicht anerkennungsfähigen Kosten sowie überplanmäßigen Mehreinnahmen (Mehreinnahmen in Kindertageseinrichtungen reduzieren die Kostenerstattungen). Darüber hinaus erfolgte auch eine Finanzierung der Einrichtungen auf der Basis der Pro-Platz-Pauschale. Hier bilden sich rückwirkende Meldungen zur tatsächlichen Belegung die Grundlage zur Zahlung von Haushaltsmitteln.

Begründung der Mehrausgaben

UA 46400 – Tageseinrichtungen für Kinder –

3.313.300 EUR

In der HHst 1.46400.672000.4 „Erstattung an Gemeinden“ könnte es zu einer Mehrausgabe in Höhe von 174.800 EUR kommen für Zahlungen für Magdeburger Hortkinder in einer Schule, die seit 2006 zur Gemeinde Barleben gehört. Seit dieser Zeit bestehen Rechtsstreitigkeiten aus Sicht der LH MD bezüglich der Berechnungsgrundlage der Gemeinde Barleben. Die LH MD hat den Rechnungen aus den Jahren 2006, 2007 und 2008 widersprochen. Eine Klärung der Widersprüche soll voraussichtlich 2009 erfolgen.

In der HHst 1.46400.718000.0 wird eine Mehrausgabe in Höhe von 3.199.000 EUR erwartet. Für die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen nach der Pro-Platz-Pauschale und nach erster vorläufiger Prüfung sind wie bereits in den zurückliegenden Jahren Nachzahlungen erforderlich. Auch für die übrigen Kostenerstattungen (Antragstellung der freien Träger) fallen Nachzahlungen an. Die Mehrausgaben für die laufende Finanzierung der Kindertageseinrichtungen und Horte im Jahre 2009 resultieren ebenfalls vorwiegend auf den Anstieg der Kinderzahlen. Gegenüber dem Jahr 2008 erhöhten sich im Zeitraum von Januar bis Mai 2009 die Kinderzahlen um monatlich 403 (= 5.000 Plätze pro Jahr).

Position 14 - Deckungskreis Hilfe zur Erziehung (DKHzE):

DKHzE	verfügbarer Plan 2009	AOS 30.06.09	%	V-AOS 31.12.09	%
Einnahmen	1.259.000	763.465	60,6	1.312.000	104,2
Ausgaben	13.849.400	9.436.043	68,1	15.831.700	114,3
Zuschuss	12.590.400	8.672.578	68,9	14.519.700	115,3

Im DK HZE wird es voraussichtlich zu einem Mehrbedarf im Zuschuss von 1.929.300 EUR kommen. Dieser setzt sich aus Mehreinnahmen in Höhe von 53.000 EUR und Mehrausgaben in Höhe von 1.982.300 EUR zusammen.

Die Mehreinnahmen sind Kostenerstattungen aus 2008, welche durch die Landkreise aus finanziellen Gründen erst 2009 erstattet werden.

Begründung Mehrausgaben

HHst 1.45300.770000.8 - Jugendhilfeleistungen- 412.400 EUR
 Aufgrund der Fallzahlerhöhung für zu betreuende Mütter und Väter mit Kleinkindern im Alter von 0 -6 Jahren (Vergleich Juni 2008 = 10 Fälle und Juni 2009 = 19 Fälle) kommt es hier zu einer Mehrausgabe.

HHst 1.45300.718000.3 – Zuschüsse an freie Träger- 38.500 EUR
 Die Umsetzung von Familienbildungsmaßnahmen gem. § 16 SGB VII ist eine Pflichtleistung und hat eine hohe Priorität. Die „BIB“ verankerten Maßnahmen der Familienbildung stellen einen Minimalansatz dar und decken bei weitem nicht den Bedarf.

HHst 1.45500.760000.5 und 1.45500.770000.3 – Jugendhilfeleistungen 1.500.500 EUR

Auch hier sind der Grund für die Mehrausgabe u. a. die steigenden Fallzahlen (insbesondere in der Heimerziehung sowie in der Gewährung einer sozialpädagogischen Familienhilfe). Die Ursachen liegen u. a. in der Erhöhung der Komplexität, in der veränderten Qualität der Problemlagen, in der Zunahme der erzieh. Hilfen mit Auflagen des Familiengerichtes sowie in der Hilfgewährung nach Abprüfung einer Kindeswohlgefährdung.

HHst 1.45650.770000.6 – Jugendhilfeleistungen- 45.800 EUR
 Die Anzahl der Inobhutnahme in Magdeburg ist im zurückliegenden Zeitraum leicht angestiegen. Dies sind auch Auswirkungen der fehlenden Bereitschaftspflegestellen.

Position 15 - Deckungskreis Unterhaltsvorschussgesetz (UDUVG)

UDUVG	verfügbarer Plan 2009	AOS 30.06.09	%	V-AOS 31.12.09	%
Einnahmen	3.960.000	1.875.963	47,4	3.920.000	98,9
Ausgaben	3.960.000	2.393.765	60,4	4.165.000	105,2
Zuschuss	0	517.802	>100,0	245.000	>100,0

Hier kommt es zum Jahresende voraussichtlich zu einem Mehrbedarf in Höhe von 245.000 EUR.

Entsprechend des Gesetzes zur Sicherung des Unterhaltes von Kindern allein stehender Mütter/Väter werden Unterhaltsvorschüsse bzw. Ausfalleistungen nach dem UVG an Berechtigte gezahlt (Rechtsanspruch) Durch die Fallzahlerhöhung (Antragsdurchschnitt von 2.380 Anträgen im Jahr 2008, aber 2.420 Anträge im Juni 2009) entsteht eine voraussichtliche Mehrausgabe von 205.000 EUR.

Die Mindereinnahme in Höhe von 40.000 EUR wird durch die steigende Sozialbedürftigkeit verursacht.

Allen vorgenannten Deckungskreisen ist gemeinsam, dass die kalkulierten Mehrbedarfe nicht aus eigener Kraft amortisiert werden können. Mit der Haushaltsplanung 2009 (Vorbericht zum Haushaltsplan 2009, s. 14 und 15 und 72) wurde insbesondere zu den Leistungen der Sozialhilfe dargestellt, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, die dem negativen Trend der Mehrbelastungen entgegenwirken sollen. Dies konnte im geplanten Rahmen nicht erfolgen. Daher werden dem Stadtrat im IV. Quartal 2009 entsprechende Drucksachen zu den überplanmäßigen Ausgaben in den Deckungskreisen KiFöG, Hilfe zur Erziehung (HzE) und Soziales zur Entscheidung vorgelegt.

2. Gesamteinschätzung Vermögenshaushalt

Das Ergebnis des Vermögenshaushaltes per 30.06.2009 setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

	- in EUR -	
	Ergebnis 30.06.2008	Ergebnis 30.06.2009
Anordnungssoll – Einnahmen (L)	52.382.884,97	44.804.680,62
- Abgang alter Kassenreste (-C)	183.659,33	51.495,10
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste (A)	0,00	0,00
= Summe Soll-Einnahmen (E)	<u>52.199.225,64</u>	<u>44.753.185,52</u>
Anordnungssoll – Ausgaben (L)	22.232.879,27	35.485.793,34
- Abgang alter Haushaltsausgabereste (-A)	10.414.198,87	14.029.415,58
= Summe Soll-Ausgaben (E)	<u>11.818.680,40</u>	<u>21.456.377,76</u>
Ergebnis:	40.380.545,24	23.296.807,76

Der Vergleich der angeordneten Einnahmen und Ausgaben per 30.06.2009 zum Haushaltsplan 2009 zeigt zum Stichtag einen positiven Erfüllungsstand:

	- in EUR -		
Gesamtmittel	Ansatz 2009	AOS 30.06.2009	in %
Einnahmen			
Plan 2009	101.837.100,00	44.804.680,62	44,0
HER 2008	0,00	0,00	0
Gesamt	101.837.100,00	44.804.680,62	44,0
Ausgaben			
Plan 2009	101.837.100,00	35.485.793,34	34,8
HAR 2008	18.149.100,00	4.119.684,42	22,7
Gesamt	119.986.200,00	39.605.477,76	33,0

Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsrechnung stehen im Vermögenshaushalt, ausgehend von den verfügbaren Mitteln (HH-Ansatz/HH-Rest/ÜPL/APL/Sperren), den Einnahmen in Höhe von 43 % Ausgaben in Höhe von 32 % gegenüber.

Die Umsetzung der Maßnahmen des Investitionshaushaltes 2009 wurde durch die Verfügung des LVwA vom 22. Januar 2009 zur Haushaltssatzung 2009 geprägt. Von Seiten des LVwA gab es keine Beanstandungen. Für den Vermögenshaushalt wurden als Kriterien, wie in den vergangenen Jahren, die kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des LVwA als Planungsgrundlage eingesetzt, in dem nur Maßnahmen mit Planansätzen untersetzt werden konnten, die eine 70 % Förderung aufwiesen, bei denen rechtliche Verpflichtungen bestanden sowie die zeitliche und sachliche Unabweisbarkeit gegeben war. Eine weitere Grundlage bildete der Eckwertebeschluss des Stadtrates vom 05.06.2008. Lt. Beschluss-Nr. 1974-66(IV)08 wird die Kreditaufnahme für Investitionen gemäß Pkt. 4 des Beschlusses für 2009 und mittelfristig 2010 – 2012 auf 0 festgesetzt.

Die Vorausschau der Ämter/Fachbereiche über neu zu bildende Haushaltsausgabereste 2009 wird mit 5.793.500 EUR angezeigt. Aus der Erfahrung der vergangenen Jahre ist eine Einschätzung über anfallende Haushaltsausgabereste 2009 zum heutigen Zeitpunkt zu früh und aus die-

sem Grund noch nicht verwertbar. Es muss festgestellt werden, dass die Abarbeitung der Haushaltsausgabereste 2008 im ersten Halbjahr 2009 zögerlich erfolgte. Von 18.149.100 EUR wurden per 30.06.2009 nur 4.119.600 EUR kassenwirksam.

Vom Fachbereich Finanzservice wurde eine Fördermitteltabelle (**Anlage 3**) über alle veranschlagten Einnahmen (Fördermittel) des Haushaltsjahres 2009 zusammengestellt. Der Realisierungsstand mit einer Fließquote von 10,06 % zeigt, dass zum heutigen Zeitpunkt eine deutliche Differenz zum Plan 2009 besteht.

Die Bewilligungsquote der geplanten Fördermittel 2009 per 30.06.2009 liegt bei 66,95 %. Es fehlen noch die Bewilligungsbescheide für die 2 geplanten Kindertagesstätten G.-Hauptmannstraße und Bördebogen. Aus dem Sportbereich liegen noch keine Bewilligungsbescheide für die Rekonstruktion der Kanutrainingsstätte und dem 3. BA Nebenplätze vor. Für die vom Amt 66 bewirtschafteten Maßnahmen, die mit GVFG Mitteln finanziert werden, liegen ebenfalls keine Bewilligungen vor.

Fördermittel 2009	Ist per 30.06.2009	Bewilligungsquote	Fließquote
33.874 EUR	3.409 EUR	66,9 %	10,06 %

Aufgrund der defizitären Haushaltslage der LH Magdeburg konnten für die Maßnahmen – **Ortsumgehung Ottersleben, Schleinufer und Magdeburger Ring** – zusätzlich zu den geplanten und bewilligten GVFG Mitteln Anträge auf die Gewährung einer Zuweisung gem. § 11a Abs. 2 FAG LSA nach EntflechtG gestellt werden, für die eine Zusage in Höhe von 223.500 EUR gegeben wurde.

Vom Amt 66 wurde mit der Einschätzung zum 30.06.2009 signalisiert, dass Haushaltsausgabereste 2008 in Höhe von 2.707.400 EUR bis zum Jahresende 2009 abgearbeitet sein könnten.

Im Berichtszeitraum wurden vom FB 62 insgesamt Einnahmen in Höhe von 433.200 EUR Straßenausbaubeiträge und Erschließungsbeiträge realisiert. Bei einem Planansatz in Höhe von 1.853.900 EUR entspricht das einer anteiligen Erfüllung von 23,37 %. Das voraussichtliche Ist zum 31. Dezember 2009 wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Höhe von insgesamt 2.245.700 EUR eingeschätzt, was einer Erfüllung von 121,13 % entspricht.

Von Seiten des Amtes 61 wird durch die veränderten Zuständigkeiten ab den Leistungsphasen 3 (Betreuung durch sog. Bauende Ämter bzw. Fachbereiche) zur weiteren Vorbereitung und Durchführung von Baumaßnahmen eingeschätzt, dass sich von Jahr zu Jahr die fristgerechte vertragliche Bindung und Verausgabung der Haushaltsmittel des Vermögenshaushaltes schwieriger gestaltet. Das Amt 61 bewirtschaftet 10.603.500 EUR Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 15.309.400 EUR. Im Berichtszeitraum wurden davon 1.064.300 EUR (10,03 %) Einnahmen und 1.491.700 EUR (9,74 %) Ausgaben kassenwirksam. Die Haushaltsausgabereste 2008 konnten bereits mit 67 % abgerechnet werden.

Als großes Bauvorhaben der LH Magdeburg konnte die Feuerwache Nord im 1. Halbjahr 2009 fertig gestellt werden, sie wurde am 17. Juni 2009 übergeben. Von dem Gesamtwertumfang der Feuerwache Nord konnten aus Ersparnis 462.000 EUR für die gebäudetechnische Abtrennung der Feuerwache Mitte zur Verfügung gestellt werden.

Die **Anlage 5** zeigt die Inanspruchnahme der Budgets im Vermögenshaushalt. Die Inanspruchnahme der Budgets (Erwerb beweglicher Sachen) liegt bei 27 %.

Im Berichtszeitraum wurde mit dem Erlass vom 26. Februar 2009 des Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt den Kommunen bekannt gegeben, dass der Bundesrat am 20.02.2009 Teile des Konjunkturpaketes II beschlossen hat. Im gleichen Zeitraum hat das Landeskabinett beschlossen, dass von dem Betrag der Investitionspauschale in Höhe von 50.000.000 EUR brutto den Kommunen 2009 netto ein Ansatz von 21.875.000 EUR und 2010 die übrigen 21.875.000 EUR als Verpflichtungsermächtigung zur Verfügung gestellt werden. Der Betrag wurde einwohnerbezogen lt. Erlass MI vom 26.02.2009 aufgeteilt.

Um den Eigenanteil in Höhe von 12,5 % der Gesamtinvestitionen aus dem Konjunkturpaket II mit der Aufnahme von Krediten in Höhe von 788.800 EUR für das Jahr 2009 finanzieren zu können, ist die Erstellung einer Nachtragssatzung gem. § 95 (2) GO LSA vorgeschrieben, die derzeit erarbeitet wird.

Mit dem Nachtragshaushalt 2009 werden Investitionsvorhaben, die mit Fördermitteln im Rahmen des Konjunkturpaketes II finanziert sind, mit einem Gesamtvolumen von insgesamt 6,3 Mio. EUR eingestellt. Die Finanzierung der Investitionen erfolgt zu jeweils 12,5 % von Land und Kommunen und zu 75 % vom Bund. Mit dem Abruf der Mittel für die bisher bewilligten Maßnahmen (für Schulen) wurde begonnen.

Die Finanzierung der Kredite, die für das Haushaltsjahr 2009 aufgenommen werden, ist in der Haushaltsdurchführung 2009 gesichert.

Die Inanspruchnahme der Investitionen aus dem Konjunkturpaket II wird mit der Quartalseinschätzung 30.09.2009 dargestellt.

Zimmermann

Anlagen:

- Anlage 1 – Quartalseinschätzung Budgets 0 – 6 Verwaltungshaushalt,
- Anlage 2 – Inanspruchnahme Deckungskreise Verwaltungshaushalt,
- Anlage 3 – Übersicht über Fördermittel Vermögenshaushalt,
- Anlage 4 – Stand Mittelabfluss Vermögenshaushalt,
- Anlage 5 - Quartalseinschätzung Budgets 0 – 6 Vermögenshaushalt.